

SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
 Nr. 3/97, September 1997/Erscheint 3-4 mal jährlich, Auflage 7000 Ex.
 Preis: Normal-Abo Fr. 12.-, Unterstützungs-Abo Fr. 25.-
 PC-Kto 80-43003-3, SO sehen wir es, SP Wädenswil
 Druck: Arbeitszentrum am See, Glösen, Wädenswil

NEIN zur Initiative «Jugend ohne Drogen» Kampf gegen die Drogen - nicht gegen die Abhängigen

Was will die Initiative «Jugend ohne Drogen»? Eines steht fest, sie streut uns mit ihrem positiv formulierten Titel Sand in die Augen. Ihr Inhalt ist menschenverachtend, destruktiv, realitätsfern, lebensgefährlich und teuer. Sie grenzt drogen-

krankte Menschen aus und verschliesst die Augen vor den zahlreichen Ursachen und Dimensionen einer Sucht.

Im Laufe meines beruflichen und freiwilligen Engagements im Gesundheits-, Jugend- und Sozialbereich habe ich drogenabhängige Jugendliche und Erwachsene begleitet, die heute dank Therapie und Überlebenshilfe wieder ein menschenwürdiges Leben führen. Dazu gehören auch ein Heimatgefühl, die Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft, verlässliche Beziehungen, Sinn im Leben und eine Zukunftsperspektive.

Wer allein auf Repression setzt, nimmt Drogentote bewusst in Kauf. Eine Annahme hätte für Drogenabhängige und ihre Familien verheerende Folgen. Davon betroffen wären auch mir bekannte Menschen in Wädenswil. Das heisst, dass diejenigen Schwerst-süchtigen, die heute ärztlich kon-



trolliert Methadon und Heroin erhalten, ohne Anschlussprogramm zurück ins Gassenelend gedrängt werden. Die daraus resultierenden Konsequenzen einer solch verfehlten Drogenpolitik liegen auf der Hand: Wir müssten wieder vermehrt Aids-Kranke pflegen, in neue und extrem teure Therapieplätze in geschlossenen Anstalten und mehr Gefängnispersonal und Polizeipräsenz investieren.

Wollen Sie das wirklich? Sie als StimmbürgerIn entscheiden, ob Sie dem eingeschlagenen pragmatischen, wirkungsvollen Weg, d.h. der Weiterführung der bisherigen Anstrengungen im Bereich Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression, oder der nicht realisierbaren Utopie einer drogenfreien Gesellschaft zustimmen. Mit einem NEIN unterstützen auch Sie eine vernünftige Drogenpolitik.

Martina Ulmann, Mitglied Sozialbehörde

1'250 Unterschriften für eine Halfpipe

Vier Vierzehnjährige sammelten 1'250 Unterschriften für eine Halfpipe in Wädenswil. Wir sprachen mit drei dieser Jugendlichen: Roman Fehr, Severin Landolt und Roman Waser. Der Vierte, Marco Schmucki, war in den Ferien.

SO: Was ist eine Halfpipe?

Roman F.: Das ist eine ca. 1,8 Meter hohe, halbkreisförmige Rampe aus Blech oder Beton. Auf dieser kann man skaten (Rollbrett) oder bladen (Inline-Skate).

SO: Was wollt Ihr mit den Unterschriften erreichen?

Severin: Wir möchten gerne eine Halfpipe im Zentrum von Wädi, wo wir und die vielen andern Jugendlichen ihr Hobby pflegen können. Jetzt gehen wir dazu extra nach Sattel, das ist die beste Gelegenheit, aber der Zug und der Eintritt kosten schnell 20 Franken. Das ist natürlich zu teuer für uns.

SO: Wer kam auf die Idee der Unterschriftensammlung?

Roman W: Wir alle zusammen. Die Mutter von Severin hat uns dann beim Texten der Petition geholfen. Bei der Unterschriftensammlung haben uns noch Kollegen und Kolleginnen geholfen.

SO: Wer hat unterschrieben?

Severin: Wir waren sehr überrascht, wie positiv die Leute eingestellt waren. Unterschrieben

haben viele Jugendliche, aber auch ältere Leute ... und unser Lehrer. Natürlich gab es auch Leute, die negativ reagierten.

SO: *Ihr habt die Petition dem Stadtpräsidenten abgegeben. Wie reagierte er?*

Roman W.: Er sagte, er wolle die Sache ernst nehmen, allerdings müssten wir Geduld haben. Aber er sei dafür, der Jugend eine Halfpipe zur Verfügung zu stellen. Er erwartet, dass wir eigene Anstrengungen unternehmen. Wir haben bereits mit Sportgeschäften Kontakt aufgenommen, die positiv reagierten.

SO: *Es ist ja schon der dritte Vorstoss für eine Halfpipe. Wo sollte eine solche stehen?*

Severin: Der klar beste Ort ist der Seeplatz: Er ist zentral, es hat genug Platz, und es wird niemand gestört. Das haben viele Unterzeichnende der Petition gesagt.

Eventuell käme auch beim Schulhaus Eidmatt ein Platz in Frage. Alles andere wäre ziemlich abgelegen. Da würden weniger Jugendliche hingehen.



SO: *Was kostet eine Halfpipe?*

Roman F.: Für Hobbyzwecke genügt eine für rund 15 bis 20'000 Franken inklusive Transport und Montage. Profianlagen sind viel teurer und grösser, eine solche braucht es in Wädi aber nicht.

SO: *Wer würde die Halfpipe benutzen?*

Severin: Fast alle Jugendlichen haben Inline-Skates oder ein Skateboard.

Das ist heutzutage sehr populär, und das wird so bleiben. Die Halfpipe würde für einen grossen

Teil der ca. 14- bis 16-jährigen zu einem Treffpunkt.

SO: *Skaten und bladen scheint ein Teil der Jugendkultur zu sein. Wir hoffen, dass Ihr für Euer Engagement belohnt werdet!*

Interview:

Vreni Schönholzer und Heinz Horn

- **PS:** Anfang September ist eine Begehung möglicher Standorte mit den Jugendlichen und Stadträten geplant.
- **PPS:** Reisst sich die FDP um das Patronat der Halfpipe? Die Wahlen lassen grüssen...

NEIN zum Bundesbeschluss über die Arbeitslosenversicherung

Arbeitslose auf das Existenzminimum drücken?

Die Schweiz steckt seit dem Anfang der 90er Jahre in einer weitgehend selbstverschuldeten - Krise. Nur gemeinsam können wir diese Situation überwinden. Doch der Trend läuft heute gerade umgekehrt: Während einige wenige von hohen Aktiengewinnen profitieren, werden weiterhin täglich Arbeitsplätze wegrationalisiert und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Nun will die harte Rechte in Bern auch noch die Arbeitslosen zur Kasse bitten: Der dringliche Bundesbeschluss über die Finanzierung



der Arbeitslosenversicherung, der am 28. September zur Abstimmung kommt, sieht weitere

Kürzungen bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung vor. Gespart wird mit dieser un-

sozialen Massnahme so gut wie nichts: die Kosten werden einfach den Gemeinden und Fürsorgediensten weitergegeben, die schon heute unter der finanziellen Last der Krise leiden. Bevor unser Finanzminister sein Budget mit dem Geld der Arbeitslosen saniert, soll er dort Geld holen, wo ein Beitrag an die Bundesfinanzen problemlos verschmerzt werden kann: bei den Börsengewinnlern, beim Militär oder auch mit einer besseren Anlagepolitik der Nationalbank. Wir müssen dieses Milliardenpotential ausschöpfen, bevor wir die Schwächsten unserer Gesellschaft noch stärker belasten. Arbeitslosigkeit geht uns alle an, sie kann jede(n) von uns treffen. Wir haben deshalb ein gemeinsames Interesse, zum ständigen Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung am 28. September NEIN zu sagen.

*Ursula Koch,
Präsidentin der SP Schweiz*

JA zum ZKB-Gesetz Bekennnis zum Wirtschaftsstandort

Die gesetzliche Grundlage der Zürcher Kantonalbank ist letztmals vor acht Jahren erneuert worden: Am 4.6.1989 wurde das teilrevidierte ZKB-Gesetz in der Volksabstimmung angenommen. Seither haben sich die gesetzlichen Vorgaben und das wirtschaftliche Umfeld stark verändert.

1995 trat das revidierte Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen in Kraft. Es verlangt, dass neben dem internen Inspektorat eine ausserhalb der Bank stehende Revisionsstelle mit der Prüfung der Jahresrechnung betraut wird. Zudem

müssen die Kantonalbanken neu der Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommission unterstellt werden.

Auch der tiefgreifende Strukturwandel im schweizerischen Bankengewerbe erfordert eine generelle Überprüfung der rechtlichen Grundlagen. Der durch die Deregulierung verschärfte Wettbewerb hat das Umfeld für die Bankdienstleistungen fundamental verändert.

Das nun vorliegende Gesetz vergrössert den unternehmerischen Spielraum der Kantonalbank und verzichtet auf nicht mehr zeitgemässe Bestimmungen, damit die ZKB auch unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen gegenüber der Konkurrenz erfolgreich bestehen kann.

Die Mehrheit des Kantonsrates stimmte dem neuen Gesetz über die Kantonalbanken zu, weil sie gegen eine schrankenlose Liberalisierung eintritt. Mit der ZKB als öffentlich-rechtliche Anstalt schützen wir die attraktive Staatsbank vor einer Übernahme und erhalten uns die einzige Möglichkeit zur demokratischen Einflussnahme auf dem Bankensektor. Ein klares Ja zum ZKB-Gesetz bedeutet ein klares Nein zur noch stärkeren Monopolisierung, Globalisierung und Entfremdung der Schweizer Banken vom heimischen Markt. Das Ja ist ein Bekenntnis zu den Bedürfnissen der «kleinen» Bankkundinnen und -kunden, die zusammen die Basis für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Zürich bilden.

*Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin,
Wädenswil*

*Redaktion:
Beatrice Margna-Haldimann, Heinz Horn,
Hanna Landolt, Verena Schönholzer,
Hansjörg Schmid
Adresse: SP Wädenswil, Postfach 552,
8820 Wädenswil
PC 80-43003-3 «SO sehen wir es»*

Vorstösse gegen Neubüel-Shopping- Centers

Einkaufszentren sind der Renner unserer Zeit. Doch was nützen sie uns, wenn dabei eine schon bestehende Infrastruktur eine ungesunde Konkurrenz erhält? Zudem hält der kantonale Richtplan fest, dass die S-Bahn das eigentliche Rückgrat der Siedlungsentwicklung bilden soll. Der VCS verlangt in seinen Rekursen, die Baubewilligungen für die drei Zentren aufzuheben, da sie mit Bundes- und Kantonsrecht nicht vereinbar seien. Wenn nötig wird das Bundesgericht entscheiden. Auf Bezirksebene wehrt sich die SP auf planungsrechtlichem Weg mittels einer Volksinitiative, die Einkaufszentren entlang der Autobahnanschlüsse im regionalen Richtplan ausschliessen soll. Diese Initiative wurde am 26.6.1997 von der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg als gültig erklärt.

Alessandra Diener, Gemeinderätin

SP-Fest zur Eröffnung der Gemeindewahlen '98

**Samstag, 27. September, ab 18.30
Uhr, Freizeitanlage Untermosen**

Die SP heizt ein. Salate, Brot und Getränke stehen bereit. Sie bringen Gemüse, Fleisch und Chäs zum Grillieren mit.

- Treffen Sie am Darts-Turnier ins Rote!
- Ergattern Sie sich Preziosen und Dienstleistungen an der amerikanischen Versteigerung!

Alle sind herzlich eingeladen!

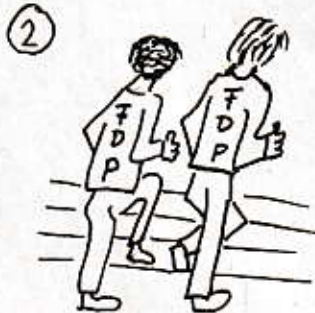
Stägeli uf, Stägeli ab, juhe!

Fast wären sie unterstützt worden, Anfang Juli, aber dann hat mit dem Stichentscheid des Gemeinderatspräsidenten und Stadtratskandidaten doch die Vernunft gesiegt: Die Rampen an den Bahnhöfen Wädenswil und Au sollen nun nicht gebaut werden. Dies ist ein weiser Entscheid der Hälfte des Gemeinderats zugunsten der Volksgesundheit der Wädenswiler Bahnbenutzer/innen.



Denn was gibt es gesünderes, als Treppensteigen mit Kinderwagen, Gehstöcken, Velos oder Rollstühlen? Das hält fit und senkt damit die Gesundheitskosten. Zudem fordert es kleine Hilfeleistungen heraus, welche, wie der Stadtrat richtig feststellt, «positive soziale Berührungspunkte in den Alltag bringen». Es gibt wirklich wichtigeres als Rampen. Diese sind ein Relikt aus den unseligen Zeiten, als man noch heuchlerisch Rücksicht nahm auf Behinderte, Pensionärinnen oder gar Mütter und Väter mit Zwillingsskinderwagen. *Tempi passati!* Heute ist freie Fahrt für gestresste Businessleute auf gut ausgebauten Landstrassen gefragt.

Und überhaupt: Das Bahnpersonal hilft immer gerne über die Gleise - wenn man die Nerven hat, danach zu fragen, oder ein Megaphon-, falls man auf dem Mittelperron ausgestiegen ist.



Sollte einmal tatsächlich kein/e SBBler/in zur Verfügung stehen, kann man es ja immer noch mit einem FDP-Gemeinderat versuchen.

Nein, Wädenswil ist mit diesem mutigen Antirampenentscheid nicht rückständig, wie böse Zungen behaupten. Wädenswil hebt sich mit seiner äusserst kostengünstigen Lösung als leuchtendes Beispiel von den anderen Gemeinden am linken Zürichseeufer ab (vom rechten ganz zu schweigen).



Kein Problem mit der Isi-Bahn...

Aber mit dem Verzicht ist es scheinbar noch nicht getan. Es

wird geraunt, dass an der nächsten Gemeinderatssitzung von bürgerlicher Seite ein Vorstoss erfolgen werde für eine Fitnessgebühr, welche die Bahnhofstreppebenutzer zu entrichten hätten. Eine wirklich kreative Lösung, damit endlich die Fussgängertreppen über die Zuger- und Seestrasse realisiert werden können! Die Autos können dann fast ohne Bremsen durch Wädenswil rollen - die Umwelt wird es danken.

PS: Viele der vernünftigen, volknahen Politiker/innen stellen sich im Frühjahr 1998 zur Wiederwahl. Gedenken wir ihrer!

Beatrice Margna, Hansjörg Schmid

Volksabstimmung vom 28. September 1997

Bund

Initiative

«Jugend ohne Drogen» **NEIN**

Bundesbeschluss Arbeitslosenversicherung **NEIN**

Kanton Zürich

Unterrichtsgesetz **JA**

Volksschulgesetz **JA**

ZKB-Gesetz **JA**

Planungs- und Baugesetz **JA**

Feuerwehrgesetz **JA**

Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz **JA**

SP

Sozialdemokratische Partei Wädenswil